

Wie Betriebsräte mit Macht und Geld umgehen

»Dann läufst du Spießruten«

Die VW-Korruptionsaffäre hat auch Arbeitnehmervertreter ins Gerede gebracht. »Sind Deutschlands Betriebsräte käuflich?« titelte Mitte Juli die in Düsseldorf erscheinende »Wirtschaftswache«. metall hat mit Autobauern in NRW gesprochen.

Thomas Freels ist schon lange dabei. Der 46-jährige Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Ford-Werke GmbH, Köln, hat seine Karriere vor 30 Jahren als Jugendvertreter begonnen. Dass die Nähe zum Management – zur Macht im Betrieb – für Betriebsräte verführerisch sein kann, bestreitet er nicht. Nur: Das habe nichts mit dem Amt zu tun, sondern »mit dem Charakter«.

Der frühere Betriebsratsvorsitzenden Wilfried Kuckelkorn habe den Ford-Betriebsräten eingebläut, nicht zu vergessen, wer sie gewählt hat: »Ihr seid nichts Besseres.« Und Manager blieben Gegner – »die möchten euch am liebsten von hinten sehen«.

Freels hat seine Lektion gelernt: Betriebsräte, sagt er, dürften keine Privilegien genießen, sich nichts herausnehmen oder »krumme Sachen« machen. So etwas räche sich, denn irgendwann werde die Gegenrechnung aufgemacht. Und das komme



Thomas Freels, Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats Ford Köln (links), und Rainer Einkel, Betriebsratsvorsitzender Opel Bochum

heraus, das kriege die Belegschaft mit, »die ist doch nicht blöd«. Und wenn es herauskomme, »dann läufst du Spießruten«.

Wer als Betriebsrat nicht integer bleibe, werde erpressbar. Und das wäre »das Schlimmste«. Dann habe er als Arbeitnehmervertreter verloren – und mit ihm das Gremium. Freels schraubt seinen Anspruch hoch: »Du musst als Betriebsrat mit heruntergelassenen Hosen durchs Werk laufen können.«

Die 18 600 Ford-Beschäftigten in Köln-Niehl werden von 43 Betriebsräten vertreten. Ihnen stehen zwei so genannte Abteilungsautos für Dienstfahrten zur Verfügung. Sie haben eine Sekretärin und ein Büro. Büromaterial muss beantragt werden, »wir haben kein Bargeld in der Hand«, sagt Freels. Dienstreisen

müssen vom Personalleiter genehmigt werden.

Wenn Betriebsräte von ihrer beruflichen Tätigkeit freigestellt werden, wird ihnen eine so genannte Vergleichsperson zugeordnet, die ihrem Alter und ihrer Ausbildung entspricht. Und deren Einkommenserhöhung wird automatisch auf sie übertragen. Überstunden werden nicht bezahlt. Dafür gibt's eine Pauschale, die den früheren Überstundenzuschlägen entspricht.

Für Rainer Einkel, 51, den Betriebsratsvorsitzenden von Opel Bochum (9000 Beschäftigte, 37 Betriebsratsmitglieder), ist es »das Entscheidende«, trotz der Nähe zum Management »eine gewisse Distanz« zu halten. Man dürfe locker miteinander umgehen, weil man sich kennt. Aber man dürfe »nie vergessen, dass die anderen auf der anderen Seite stehen«.

Glaubwürdig bleiben

Betriebsräte, sagt Einkel, müssten glaubwürdig bleiben, sie dürften ihre Position nicht zum eigenen Vorteil ausnutzen. »Daran darf es keinerlei Zweifel geben.«

Mehrarbeit müssen auch Betriebsratsmitglieder grundsätzlich durch Freizeit ausgleichen. Nur die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Betriebsrats, die oft auf Dienstreise und in Rufbereitschaft sind, erhalten dafür eine Pauschale. Sie decke aber »nicht einmal im Ansatz« den tatsächlichen Aufwand ab, sagte Einkel, der wie viele seiner Ausschusskollegen oft einen Zehn-Stunden-Tag hat.

Dem Opel-Betriebsrat stehen während der Arbeitszeit zwei Dienstautos zur Verfügung. Wer

sie nutzt, muss belegen, wofür. Die Schlüssel liegen auf Einem Schreibtisch. Er selbst hat – wie auch sein Stellvertreter – ein Dienstauto. Dafür muss er ein Prozent des Listenpreises als geldwerten Vorteil versteuern.

Betriebsratsmitglieder bleiben in ihrer alten Lohn- oder Gehaltsgruppe, es gibt keine regelmäßige Anpassung. Einkel: »Wenn man sich nicht kümmert, passiert nichts.«

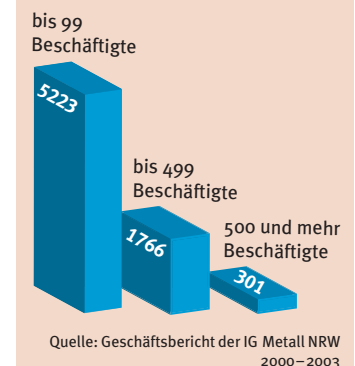
Die Finanzierung von Sachmitteln muss sich der Betriebsrat hin und wieder erstreiten. Die neueste Ausgabe des Betriebsverfassungsgesetzes rückte die Geschäftsleitung erst heraus, als der Betriebsrat drohte, vor Gericht zu ziehen.

»Krank wird sie nicht«

Auch der Opel-Betriebsrat hat eine Sekretärin. Auf eine Urlaubsvertretung für sie verzichtet er. »Und krank wird sie nicht«, schmunzelt Einkel, »das haben wir so beschlossen«.

Die Kleinen – ganz groß

Anzahl der Betriebe 2003 in den Branchen der IG Metall NRW



Die mit Abstand meisten Betriebe im Organisationsbereich der IG Metall NRW sind Betriebe mit bis zu 99 Beschäftigten (dort sind aber nur 24 Prozent aller Arbeitnehmer tätig, in den beiden höheren Betriebsklassen 39 beziehungsweise 37 Prozent). In 3924 Betrieben gab es 2002 Betriebsratswahlen; gewählt wurden 24163 Arbeitnehmervertreter

Was das Betriebsverfassungsgesetz regelt

§ 40 Kosten und Sachaufwand des Betriebsrats

- (1) Die durch die Tätigkeit des Betriebsrats entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber.
- (2) Für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung hat der Arbeitgeber in erforderlichem Umfang Räume, sachliche Mittel, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Büropersonal zur Verfügung zu stellen.

§ 78 Schutzbestimmungen

Die Mitglieder des Betriebsrats ... dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt oder begünstigt werden; dies gilt auch für ihre berufliche Entwicklung.

Kone Hattingen schließt Produktion

Alternativen ignoriert



Die letzte große Aktion: Die »Menschenkette der Solidarität« Ende Juni

Sie haben alles versucht: Die Öffentlichkeit mobilisiert, die Politik ins Boot geholt, Alternativkonzepte erarbeitet – nichts hat genützt: Das Hattinger Werk des finnischen Rolltreppenherstellers Kone wird geschlossen, die Fertigung nach China verlagert. Haben

also IG Metall und Betriebsrat den Kampf verloren? Mit dieser Frage, antwortet der Erste Bevollmächtigte Otto König, könne er nichts anfangen: »Die Unvernunft hat sich wieder durchgesetzt.«

Mit enormer Intensität hätten Beschäftigte aller Abteilungen

und Hierarchiestufen innerhalb von nur acht Wochen mithilfe dreier Beraterfirmen Alternativen zur Stilllegung entwickelt. Herausgekommen sei »kein Schönwetterkonzept«, sagt IG Metall-Sekretär Alfons Eilers. Es hätte auch Jobs gekostet.

Es sah die Konzentration auf Schwerlast-Rolltreppen vor, also eine Nischenproduktion – und das widersprach der globalen Strategie des Konzerns, die auf Massenprodukte setzt.

»besser statt billiger« früher

Man habe nicht gegen ein Konzept gekämpft, sagt Otto König, sondern gegen den Beschluss eines Vorstands. »Und dieser Beschluss ist in Helsinki gefasst worden, den kippt du nicht in Hattingen.«

Die IG Metall-Aufforderung an die Unternehmen, »besser statt billiger« zu werden, müsse – um erfolgreich zu sein – früher erfolgen. König: »Wir sind immer erst drin, wenn's knallt.«

Tarifvertrag Arbeitnehmerüberlassung Erste Früchte

Vier Industriemechaniker müssen nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen: Ihr Arbeitgeber, die Bocholter Werkzeugbauer Olbrich, hat sie wegen Auftragsmangels für fünf Monate an den Windgerätehersteller Flender in Voerde ausgeliehen.

Möglich gemacht hat das der Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung, den die IG Metall Bocholt bereits im September 2004 mit dem Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein geschlossen hat. Er ist der dritte seiner Art in Nordrhein-Westfalen. Er sieht »zur Vermeidung von Kurzarbeit sowie Entlassungen« einen Personalaustausch zwischen acht Metallunternehmen vor. Die Betriebsräte der jeweils beteiligten Firmen müssen zustimmen. Für die Beschäftigten ändert sich –

abgesehen vom Arbeitsort – nichts. Lohn und Gehalt werden weiter gezahlt. ◀



Leiharbeit auf Zeit: Dirk Fenselau, 32, profitiert vom Personalaustausch per Tarifvertrag

Berufsschulkampagne

IG Metall-Jugend testet neues Konzept: YOUnite!



Die IG Metall-Jugend NRW testet im September eine neuartige Berufsschulkampagne: In 13 Verwaltungsstellen werden Aktionsteams vor den Berufsschulen je eine Woche lang Auszubildende für die IG Metall werben. Genutzt wird eine aus der Zigarettenwerbung bekannte Methode. »Wir stehen nicht passiv rum, sondern gehen aktiv auf die Schülerinnen und Schüler zu«, sagt Bezirksjugendsekretär Torssten Lankau. Dazu zählt auch das Angebot an die Schulen, selbst Unterrichtsstunden zu gestalten. Sollte das Konzept aufgehen, geht »YOUnite!« – ein Kunstwort aus you (du/ihr) und unite (sich zusammenschließen) – 2006 landesweit »on tour«. ◀

Kurz notiert

Wählen gehen

Die IG Metall NRW ruft zur Beteiligung an der Bundestagswahl am 18. September auf. Bezirksleiter Detlef Wetzel erklärte dazu: »CDU und FDP lassen keinen Zweifel daran, dass sie wesentliche Grundlagen der Tarifautonomie, der Mitbestimmung und des Kündigungsschutzes zur Disposition stellen wollen, wenn die Wähler das mitmachen.« Erforderlich sei aber eine Politik, die Beschäftigte vor willkürlichen Einkommens Kürzungen oder Kündigungen schützt. Nicht Mitbestimmungsabbau, sondern die erweiterte Mitsprache der Menschen sei das Gebot der Stunde. Wetzel: »Auch gut gemeinte Oppositionspolitik hilft uns dabei nicht.«

Am 10. September informiert in Duisburg-Rheinhausen eine Funktionärskonferenz zum Thema »Tarif aktiv – Verteidigung der Tarifautonomie«. Es spricht der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters.

Betriebliches Bündnis missbraucht:

Der US-Finanzinvestor Carlyle, Eigentümer des Remscheider Automobilzulieferers Edscha, der bis 2006 weltweit noch 500 Jobs streichen will, hat sich in der Vergangenheit als unzuverlässiger Verhandlungspartner erwiesen. 2003 hatten IG Metall, Betriebsrat und Belegschaft unbezahlter Mehrarbeit zugestimmt – als Gegenleistung für eine zweieinhalbjährige Arbeitsplatzgarantie. Trotzdem wurde bereits Ende 2004 die Produktion eingestellt. IG Metall-Betriebsleiter Detlef Wetzel: »Hier haben wir es mit Gesellschaftern zu tun, die ihre Belegschaft auspressen.« In Remscheid sollen 20 Prozent der Personalkosten eingespart werden.

Interview mit NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU)

»Schutzmacht der kleinen Leute«

Der neue Arbeitsminister will »Warteschleifen« für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz praxisnäher gestalten.

metall: Herr Laumann, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in NRW steht für Sie auf Platz...

Laumann: ... natürlich auf Platz 1.

metall: Politik könne aber keine Jobs schaffen, haben Sie mal gesagt. Was kann sie denn?

Laumann: Die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen verbessern.

metall: Konkret – welche Möglichkeiten hat ein Landesarbeitsminister?

Laumann: Wir haben das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und das für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie reorganisiert. Das neue »alte« Ministeri-

um die Beschäftigung von Benachteiligten kümmern.

metall: Worin unterscheidet sich Ihre Politik von der Ihres Vorgängers?

Laumann: Vor allem darin, dass Herr Schartau das Problem hatte, Arbeits- und Wirtschaftsminister gleichzeitig sein zu müssen. Ich halte die Idee, beide Ministerien zusammenzulegen, für falsch. Sie brauchen in der Regierung einen Minister, der das Soziale verkörpert und Schutzmacht der kleinen Leute ist. Und ganz persönlich: Ich habe auch nicht das Profil eines Wirtschaftspolitikers.

metall: Über eine Million Menschen in NRW sind arbeitslos. Werden Sie sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen?

Laumann: Das werde ich nicht tun. Das haben schon andere ver-

sucht und sind damit gescheitert. Wir müssen aber für mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sorgen. Daran will ich mich schon messen lassen. Für Nordrhein-Westfalen, ein Land mit 18 Millionen Einwohnern, sind 5,5 Millionen sozialversicherungspflichtige

Arbeitsplätze zu wenig, um die Probleme der Beschäftigungskrise und auch der Sozialversicherung zu lösen. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zu entlasten, um sie wettbewerbsfähiger zu machen. Wir müssen über eine Erhöhung der Mehrwert-

steuer den Arbeitslosenversicherungsbeitrag absenken und die Nettolöhne erhöhen.

metall: Für die IG Metall NRW liegt die Zukunft des Landes nicht in einer Niedriglohnstrategie. Sie fordert die Unternehmen auf, »besser statt billiger« zu werden.

Die Aktion »besser statt billiger« ist mir sympathisch

Laumann: Ich finde diese Aktion der IG Metall äußerst sympathisch. Ich kenne sie ja aus meiner Heimat im Münsterland, wo ich seit 33 Jahren Mitglied der IG Metall bin. Der Ansatz ist richtig. Die Zukunft kann nicht im Niedriglohn liegen, wir müssen unser Lohnniveau verteidigen. Andererseits müssen wir uns fragen, ob wir gleichzeitig die niedrigste Lebensarbeitszeit in Europa haben können. Ich rede jetzt nicht über Rente mit 67, das ist zurzeit lebensfremd. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir bei einem Renteneintrittsalter von 65 bleiben und gleichzeitig die Lebensarbeitszeit verlängern können.

metall: Steht für Sie das Thema »Stärkung des Industriestandorts NRW« auf der Tagesordnung oder ist das Sache Ihrer Wirtschaftsministerin?

Laumann: Das ist ihre, meine und Sache der gesamten Landesregierung, völlig klar. Ohne starke Anteile an industrieller Produktion kann Nordrhein-Westfalen nicht auskommen. Wir müssen Massenfertigung behalten. Wir brauchen deshalb eine preisgünstige Energieversorgung und nicht ganz so viele grüne Spielwiesen wie die Überförderung von Windkraftanlagen und Solartechnik.

metall: Die Ausbildungsplatzsituation war noch nie so drama-

tisch wie jetzt. Auf einen freien Ausbildungsplatz kommen drei Bewerber. Was tun?

Laumann: Dicke Bretter bohren. Beispiel: 2004 sind 11 000 junge Leute in die Vorbereitungsklassen zum Berufsgrundschuljahr gegangen. Das ist eine Warteschleife. Ich will, dass diese Maßnahmen praxisnäher organisiert werden. Ich möchte, dass die jungen Menschen zwei oder drei Tage in die Berufsschule gehen, aber auch zwei Tage praktisch in einer Werkstatt oder in einem Betrieb arbeiten. Wir können die Probleme nicht durch eine Ausbildungsplatzabgabe lösen.

metall: Die letzte Frage geht an den Bundesvorsitzenden der CDA. Die Union will nach einem Wahlsieg am 18. September die Tarifautonomie, die Mitbestimmung und den Kündigungsschutz angreifen...

Laumann: Wo haben Sie das her?

metall: Aus Ihrem Regierungsprogramm.

Laumann: So ist es ja nicht. Die CDU ist der Auffassung, dass wir betriebliche Bündnisse für Arbeit brauchen, aber tarifliche Lösungen den Vorrang haben sollen. Auf diese Weise stärken wir die Akzeptanz des Flächentarifvertrags. Dass Betriebsräte erpressbar wären, sehe ich nicht; zwei Drittel der Belegschaft müssten ja einer betrieblichen Lösung zustimmen. Wir haben in Sachen Betriebsverfassung keinen großen Reformbedarf. Zum Kündigungsschutzgesetz: Dass dieses Gesetz erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten gelten soll, darüber jubele ich als CDA-Vorsitzender nicht. Trotzdem halte ich fest: Wer jetzt in einem Betrieb dieser Größenordnung arbeitet, für den ändert sich nichts. Auch die Kündigungsfristen nach BGB ändern sich nicht. Der Schutz vor Willkür bleibt erhalten. ◀



Karl-Josef Laumann im Gespräch mit metall-Korrespondent Norbert Hüsson

um für Arbeit, Gesundheit und Soziales, MAGS, gibt uns die Möglichkeit, eine integrierte Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu betreiben. Der Sozialbereich zum Beispiel ist ein gigantischer Arbeitsmarkt. Ich versuche zu erreichen, dass soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser sich wieder stärker

ge Arbeitsplätze zu wenig, um die Probleme der Beschäftigungskrise und auch der Sozialversicherung zu lösen. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zu entlasten, um sie wettbewerbsfähiger zu machen. Wir müssen über eine Erhöhung der Mehrwert-

Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Tarifvertrag ist rechtswidrig

Gericht entschied, Tarife müssen eingehalten werden

Das Arbeitsgericht in Bocholt hat im Namen des Volkes in zwei Fällen entschieden, dass die einseitige Festlegung einer 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eine tarifwidrige Maßnahme ist.

Der Hintergrund ist, sagt Heinz Cholewa, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, Bocholt, dass die Firma Hecking & Söhne GmbH, Stadtlohn, die die Tarifverträge der Textil- und Bekleidungsindustrie anwendet, einseitig im Mai 2004

durch die Geschäftsleitung angeordnet hat, statt 37 Stunden in Zukunft 40 Stunden bei der Bezahlung von 37 Stunden zu arbeiten.

Eine Abweichung von der tariflichen Grundlage ist nur mit der zuständigen Gewerkschaft möglich, stellt Cholewa fest. Das war in diesem Fall für die Geschäftsleitung kein Thema. Eine Überprüfung der Notwendigkeit der Abweichung, die im

Tarifvertrag auch als Prüfungskriterium gegeben ist, war der Geschäftsleitung zu umständlich und nach dem »Herr-im-Hause-Prinzip« wurde einfach angewiesen.

Selten, sagt Heinz Cholewa, habe ich Entscheidungsgründe in einem Arbeitsgerichtsurteil so kurz gesehen.

Dort stehen nur zwei Sätze, die lauten: »Unstreitig findet auf das Arbeitsverhältnis der Tarifvertrag der Textil- und Bekleidungsindustrie Anwendung und damit auch die Wochenarbeitszeit und die Höhe der Mehrarbeitsvergütung. Die einseitige Festlegung einer 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ist als tarifwidrige Maßnahme unzulässig, weshalb der

Abzug vom Stundenkonto unzulässig war.«

Das steht in den Urteilen, welche unter den Geschäftsnummern: 3 Ca 107/05 und 3 Ca 108/05 am 23. Juni verkündet worden und jetzt schriftlich vorliegen. Die Firma Hecking & Söhne GmbH hat beim Landesarbeitsgericht Hamm gegen diese Urteile Berufung eingelegt, die nach der Einschätzung der IG Metall, nach geltendem Recht, aber nur die gleiche Entscheidung hervorrufen wird.

»Das Arbeitsgericht hat meiner Auffassung nach der entschuldigungslosen Enteignung von Arbeitskraft einen Riegel vorgeschoben. Zu Recht«, sagt Cholewa.



Heinz Cholewa

Betriebsratsvorsitzender Ralf Borges

Metaller will in den Bundestag

Ralf Borgers, Betriebsratsvorsitzender der Firma Spaleck Oberflächentechnik GmbH in Bocholt und aktiver Metaller, will in den nächsten Deutschen Bundestag.

Die auf den 18. September 2005 vorgezogene Wahl, sagt Ralf Borgers, ist auch gesellschaftlich eine Richtungsentscheidung.

»Ich kandidiere für den Kreis Borken für die Partei Bündnis 90/Die Grünen, und will dort die Interessen der Beschäftigten offensiv vertreten«, sagt Borgers.

Ralf Borgers, der gelernter Maschinenschlosser ist, vertritt seit Jahren die Interessen der rund 60 Beschäftigten der Firma Spaleck Oberflächentechnik in Bocholt. Er kennt aus seiner täglichen Arbeit die Sorgen der Menschen, stellt Heinz Cholewa, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bocholt, fest. Er weiß als Betriebsrat und Metaller, was zum Beispiel Änderungen des Be-

triebsverfassungsgesetzes für konkrete Folgen für die Vertretung der Beschäftigten im Betrieb haben.

Von der Tarifpolitik kennt er auch was. Die Firma Spaleck Oberflächentechnik hat seit Jahren einen Haustarifvertrag.

»Änderungen, wie sie von einer möglichen schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene im Tarifrecht beabsichtigt werden, hätten für uns vor Ort schon gravierende nachteilige Auswirkungen«, sagt Borgers.

»Deshalb kandidiere ich für den Bundestag und mache bei allen Wahlkampfauftritten auch die Position der Beschäftigten deutlich.«

Für den verheirateten Ralf Borgers, Vater von drei heranwachsenden Kindern, der in Rhede lebt und sich in der westmünsterländischen Ecke sehr wohl fühlt, sagt Cholewa, ist es die zweite Kandidatur für den Deutschen Bundestag. Im Jahre 2002 hatte er es als Direktkandidat nicht geschafft. Wir wünschen Ralf diesmal mehr Glück, weil die Interessen der Beschäftigten eine laute Stimme brauchen, betont Cholewa.



Ralf Borgers

Mitgliedschaft in der IG Metall ist wichtig Azubis kommen in die Betriebe

In diesen Wochen kommen die neuen Auszubildenden in den Betrieb.

Wir, die schon lange im Betrieb sind, können uns vorstellen, wie sie sich fühlen: unsicher, wenig informiert und neugierig. Oft haben sie keine Kenntnisse über den betrieblichen Alltag und die Interessenvertretung im Betrieb.

Um den »Neuen« den Einstieg zu erleichtern und ihnen die IG Metall-Jugend nahe zu bringen, wollen wir uns gemeinsam mit Jugendvertretung, Betriebsrat und IG Metall kümmern.

Die IG Metall kennen die jungen Leute bis dahin wahrscheinlich nur aus den Erzählungen der Eltern. Welche Rechte sie haben, wie sie ihre Rechte gemeinsam durchsetzen können, wissen sie meistens noch nicht.

Unsere Aufgabe ist es, ihnen Informationen zu geben, Unterstützung zu leisten und sie in unsere gewerkschaftliche Arbeit mit einbeziehen.

Kurzum: Wir müssen die neuen Auszubildenden für die gemeinsame Vertretung unserer Interessen in der IG Metall gewinnen.

Denn je stärker die IG Metall im Betrieb ist, desto besser können wir unsere Forderungen gegenüber den Arbeitgebern vertreten.

Das ist gut für uns und gut für die neuen Auszubildenden.

Die IG Metall, Bocholt steht hier kompetent mit persönlichem Engagement zur Verfügung. Infogibt es bei der IG Metall, Bocholt, Telefon 0 28 71-24 99 19, Mobil 01 60-5 33 03 32

Carmen Schwarz und unter www.igmetall.de.

Kündigungsschutz

»Schwarz-gelbe« Pläne: Katastrophe

Die auch im Regierungsprogramm des neu gewählten NRW-Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers enthaltenen Reformpläne von CDU und CSU zum Kündigungsschutz sind aus der Sicht der IG Metall für das Münsterland eine sozialpolitische Katastrophe.

Eine mögliche Bundesregierung, getragen von CDU und FDP, will den Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten wirksam werden lassen. Für über zwei Drittel der Beschäftigten im Münsterland wäre deshalb ein Kündigungsschutz nicht mehr gegeben, weil der weitaus größte Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt ist. Zusätzlich würde das sogenannte Optionsmodell den Kündigungsschutz faktisch aufheben. CDU und FDP möchten, dass in Zukunft bei Neueinstellungen zwischen dem ar-

beitsplatzsuchenden Arbeitnehmer und dem Einstellungsbetrieb vereinbart werden kann, ob der Kündigungsschutz wirkt oder eine vertraglich festzulegende Abfindung gezahlt werden muss. Dazu stellt IG Metall-Geschäftsführer Guntram Schneider fest: »Ein Arbeitsloser, der sich um eine neue Stelle bewirbt, hat keinerlei Verhandlungsmacht. Wenn der Kandidat darauf besteht, dass die noch gültigen Regelungen des Kündigungsschutzes im Falle einer Kündigung zur Anwendung kommen sollen, ist seine Einstellung höchst ungewiss. Verhandelt er über eine Abfindung, kann er kaum die übliche Abfindungsregelung einfordern, weil er sonst kaum eingestellt wird.« Die Pläne von CDU und FDP laufen darauf hinaus, den Kündigungsschutz faktisch abzuschaffen. Und dies, obwohl es keinen Nachweis zwischen Kündi-

gungsschutzregelungen und Zahl der angebotenen Arbeitsplätze gibt. Länder wie Belgien haben einen erheblich härteren Kündigungsschutz als Deutschland und verfügen dennoch über eine niedrigere Arbeitslosenquote. Die IG Metall Münster hofft, dass die »Fummelei« am Kündigungsschutz nach den Bundestagswahlen ein Ende hat und fordert alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, bei den Wahlen die Parteien zu berücksichtigen, die für den Erhalt des Kündigungsschutzes eintreten.

Termin

Delegiertenversammlung

Die dritte Delegiertenversammlung in diesem Jahr ist am Samstag, 24. September in Münster. Alle Delegierten werden rechtzeitig eingeladen. Wir bitten um Teilnahme.

Kurz notiert

Manfred Dinter verabschiedet

Der langjährige Betriebsratsvorsitzende der Firma Windmüller + Hölscher in Lengerich, Manfred Dinter, wurde Ende Juli von seinen Kolleginnen und Kollegen herzlich verabschiedet. Kollege Dinter wechselte in die Ruhephase der Altersteilzeit, nachdem er über 40 Jahre bei W + H beschäftigt war. Dinter war bis zum Austritt von W + H aus dem Arbeitgeberverband Mitglied der großen Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie NRW und gehörte bis zum Schluss der betrieblichen Tarifkommission an. Darüber hinaus ist er Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall Münster und Referent insbesondere in allen Fragen des Entgeltrahmenabkommens. In vielen betrieblichen Auseinandersetzungen bei W + H war Manfred Dinter ruhender Pol, der die Interessen der Belegschaft konsequent vertrat.

Jagdszenen aus dem Münsterland

Huckenbeck-Betriebsratswahl

Die auf dieser Seite in unregelmäßigen Abständen zu findende Rubrik »Jagdszenen aus dem Münsterland« kann erweitert werden.

Beschäftigte der Tischlerei Huckenbeck in Greven fassten den Plan, einen Betriebsrat zu wählen. Nachdem über 20 Arbeitnehmer der IG Metall beigetreten waren, besuchte Handwerkssekretär Theo Knetzer den Betrieb, um einvernehmlich mit dem Besitzer die Betriebsratswahl nach dem vereinfachten Wahlverfahren einzuleiten. Huckenbeck reagierte äußerst unwirsch und verärgert. Bei der Wahl eines Betriebsrats wurden Entlassungen angedroht. Die Ausfälle von Herrn Huckenbeck pipfelten in der Drohung,

den Betrieb stillzulegen – falls ein Betriebsrat gewählt wird. Bei einem weiteren Treffen versuchte Huckenbeck noch einmal, die Belegschaft massiv einzuschüchtern, um eine Betriebsratswahl zu verhindern. Daraufhin unternahm die IG Metall-Bezirksleitung NRW den Versuch, Huckenbeck über ein entsprechendes Schreiben zur Mäßigung zu bewegen, weil sein Verhalten zwischenzeitlich als rechtswidrig eingestuft werden konnte. Es ist zu befürchten, dass die Betriebsratswahl mit fadenscheinigen Gründen vom Betrieb angefochten wird. Ein besonderes Lob gebührt den Beschäftigten, die trotz Bedrohungen an ihrem Ziel, einen Betriebsrat zu wählen, festgehalten haben.



Sieger des diesjährigen, wiederum von der IG Metall-Nebenstelle Lengerich organisierten Fußballturniers wurde die Mannschaft der Firma Winkhaus Sicherheitstechnik aus Münster. In einem spannenden Endspiel gewannen die Münsteraner gegen die Mannschaft der Auszubildenden der Firma W + H Lengerich und nahmen den Wanderpokal der IG Metall Münster sowie eine Siegersprämie »mit nach Hause«. Die IG Metall bedankt sich bei den Organisatoren und insbesondere beim Kollegen Günter Bergener für Organisation und Ausrichtung des Turniers, das übrigens zehnjähriges Jubiläum hatte

Berufsbildungswerk Witten Hattingen

Ausbildungszentrum Ruhr

Am 30. April 2004 wurde für das Berufsbildungswerk Witten Hattingen (kurz: BWH genannt) das Insolvenzverfahren eröffnet.

Am 31. August 2005 sollte der Geschäftsbetrieb eingestellt werden, der an zwei Standorten, in Witten und Hattingen, ausgebildet hat.

Unklar war bisher, wie es weitergehen soll. Es gab Bestrebungen, das Ausbildungswerk weiter zu führen, damit Wittener Betrie-

be, die keine eigene Ausbildungswerkstatt haben, die Möglichkeit hätten, Azubis hier ausbilden zu lassen.

Kündigungen wurden vom Insolvenzverwalter ausgesprochen, ein Sozialplan aufgestellt. Es sind noch nicht alle Streitigkeiten aus diesem Verfahren beigelegt.

Am 1. August ist nun das Ausbildungszentrum Ruhr (AZR) gestartet. Zwölf Lehrkräfte aus

dem bisherigen Berufsbildungswerk kümmern sich um die Auszubildenden. Ausgebildet wird in Witten in der früheren Lehrwerkstatt von Thyssen an der Herbeder Straße.

Wir hoffen, dass weitere Firmen die Erstausbildung wieder fördern und Auszubildende einstellen und, falls die Ausbildung im eigenen Betrieb nicht möglich ist, das Ausbildungszentrum Ruhr in Anspruch nehmen.

VOGT electronic Witten GmbH

Insolvenz – und was jetzt?

In den vergangenen Jahren haben wir in vorherigen »metall«-Ausgaben mehrfach über die Machenschaften der VOGT AG berichtet, die auf Kosten des Wittener Standorts gingen.

Im Juni 2005 kam dann die Krönung. Der zuvor zugesagte Verlustausgleich durch die AG wurde nicht gezahlt. Die Belegschaft wurde durch die Geschäftsführung in einer Mitarbeiterversammlung davon unterrichtet, dass die Insolvenz angemeldet werden müsse. Beabsichtigt war wohl von der VOGT AG, dass die »renitente« Belegschaft in Witten »die Brocken fallen lässt und den Betrieb stilllegt«. Aber diese Rechnung ging nicht auf. Bisher herrscht bei der Mehrheit der

Belegschaft eher eine Aufbruchstimmung und die Einstellung: »Jetzt erst recht, wir zeigen diesem VOGT, dass wir auch ohne ihn können«.

Bislang sieht es wohl so aus, als ob es weitergeht. Wie und mit welcher Personalstärke, stand bei Redaktionsschluss aber leider noch nicht fest.

Arbeitslose Frauen

IG Metall bietet Hilfestellung

Im März trafen sich im Rahmen des sogenannten »Frauen-März« arbeitslose Frauen bei der IG Metall, um ihre Erfahrungen auszutauschen, die sie während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit mit der Bundesagentur für Arbeit (also dem früheren Arbeitsamt), der Job-Agentur und anderen Behörden gemacht haben.

Nur Einige konnten Positives berichten, die meisten Frauen waren eher enttäuscht und frustriert über die Behandlung, die sie bei den Behörden erfahren haben. Bewerbungen führten leider nur selten zu Vorstellungsgesprächen.

Dem Wunsch der Frauen, sich weiterhin zu treffen und andere Themen zu bearbeiten, ist die IG

Jubilärfest 2005

Bitte den Termin jetzt vormerken

Die Jubilärfest ist in diesem Jahr am 17. November im Wittener Saalbau. Eingeladen werden 114 Kolleginnen und Kollegen, die 50 Jahre in der IG Metall sind und ein Jubilar, der bereits seit 85 Jahren dabei ist. Bereits geehrt wurden 121 Kolleginnen und Kollegen mit 25jähriger sowie 163 Kolleginnen und Kollegen mit 40jähriger Mitgliedschaft.

Termine

- **5. September** – Sitzung des Ortsvorstands
- **7. September** – Delegiertenversammlung
- **15. September** – Sitzung des örtlichen Frauenausschusses (Terminverschiebung möglich).
- **15. September** – Tagesschulung im Gewerkschaftshaus
Thema: Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei der Personalplanung
Referent: Peter Schmidt, Vorsitzender Richter am LAG Hamm
- Für die Jugend**
- **12. bis 16. September und 14. bis 18. November** – JAV-Grundlagenseminare
- **29. Oktober** – Fußballturnier
- **25. November** – Beachvolleyballturnier
Bei Interesse bitte melden.

Schöne Tage

Die Redaktion und Verwaltungsstelle wünscht allen Mitgliedern nach dem doch etwas verregneten Sommer noch ein paar schöne Sonnentage und einen goldenen Herbst.

Umgezogen?

Umzug und neue Adresse bitte melden

Leider passiert es manchmal, dass wir unsere Mitglieder nicht mehr erreichen können, weil uns die falsche Adresse vorliegt. Das ist natürlich sehr schade.

Ein kurzer Anruf, unter Telefon 0 23 02-2 81 29-0, genügt und Informationen können wieder zugestellt werden. Dies gilt natürlich und insbesondere auch für unsere Arbeitslosen und diejenigen, die inzwischen den wohlverdienten Ruhestand genießen.

Die Kolleginnen und Kollegen, die in Lohn und Brot sind, können auch ihren Betriebsräten mitteilen, dass sich die Adresse geändert hat. Diese werden uns dann informieren. Bitte weitersagen.

Schichtarbeiter zahlen Steuerpläne der CDU

Kölner Gewerkschaften leisten Widerstand

Die Empörung unter den Schichtarbeitern in Köln über die Steuerpläne der Union ist groß.

Dauernachtschichtarbeiter bei Ford, Wechselschichtarbeiter bei Deutz, im Eisenwerk Brühl, aber ebenso Bus- und Straßenbahnfahrer der KVB, Chemiefacharbeiter im Kölner Chemiegürtel, Krankenschwestern, -pfleger und Ärzte in den Kliniken, Zugführer, Drucker in den Zeitungsbetrieben, Angestellte im Anfertigungs- und Logistikbereich des Kölner Nachtflughafens arbeiten viele Nächte im Monat für die Versorgung der Menschen im Großraum Köln.

Nachtarbeit, das wissen diese Arbeitnehmer genauso wie Arbeitsmediziner, ist gesundheits-, sozial- und familienschädlich. Zwischen 21 Uhr und sechs Uhr morgens fällt die Leistungsfähigkeit der Menschen rapide ab. Herz, Kreislauf und Atmung sind auf Minimum eingestellt, die Sauerstoffaufnahme ist geringer, die Körpertemperatur erreicht um Mitternacht ihr Minimum,

die Hauttemperatur nimmt zu. Die geistige Konzentration ist ebenso herabgesetzt wie die muskuläre Leistung. Der Mensch ist auf Tagesaktivität programmiert und arbeitet nachts gegen seinen natürlichen Biorhythmus.

Die Gewerkschaften haben vergeblich versucht, die Nachtarbeit einzugrenzen. Sie nimmt in Deutschland stark zu. In vielen Bereichen ist Nachtarbeit aus technischen Gründen (Hochöfen, Chemieanlagen), aus medizinischen (Kliniken) oder Versorgungsgründen notwendig. Aber die Auslastung von technischen Anlagen für höhere Profite, die Just-in-time Produktion, der Zeitterror (»Über Nacht entwickelt«, Call-Center rund um die Uhr) haben Nacht- und Feiertagsarbeit stark zunehmen lassen. Gleichwohl nimmt die

Gesellschaft wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Nacht- und Schichtarbeiter. Im Gegenteil: Die einzige steuerrechtliche Honorierung ihrer besonderen Belastungen für die Gesellschaft und die Profite der Unternehmen



Schichtarbeit bei den Kölner Ford-Werken

wird neuerdings als »Steuerschlupfloch«, als »Steuersubvention« diffamiert und in einem Atemzug mit solchen obskuren Steuersparmodellen wie Schiffsanleihen gleichgesetzt. Deshalb haben sich die Betriebsräte aus diesen Wirtschaftsbereichen in Köln mit ihren Gewerkschaften

und dem DGB zusammengesetzt und Aktionen geplant: Aufklärung über den Umfang der Nachtarbeit in Köln, Presse- und Medienbesuche in den Zentren der Nachtarbeit, Informationen über die finanziellen Einbußen durch die Unions-Pläne. Je nach Umfang der Nachtarbeit und Steuerklasse der Betroffenen entstehen durch Wegfall der steuerfreien Stunden, die dann zudem auch mit Sozialbeiträgen belastet werden, zwischen 100 und 400 Euro im Monat. Und dazu kommen dann noch die Belastungen durch eine Mehrwertsteuererhöhung und die geplante Kürzung der Pendlerpauschale. Aktionen zum Thema sollen noch vor den geplanten Bundestagswahlen stattfinden, Politiker mit dem Thema konfrontiert werden. Nachtarbeit und Nachtarbeiter dürfen nicht zum Supermarktergal von Finanzpolitikern werden, die zu feige sind, ihre Haushaltslöcher auf Kosten der Reichen und Superreichen unserer Gesellschaft zu stopfen.

Kölner Gewerkschaftsfest Feier am 2. September

Die DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg lädt alle Kolleginnen und Kollegen aus den Einzelgewerkschaften zum »Kölner Gewerkschaftsfest« am 2. September ab 14 Uhr auf dem Hans-Böckler-Platz ein.

Geboten werden Musik und Talk mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Wolfgang Uellenberg-van

Dawen, Heinz Putzhammer, DGB-Bundesvorstand, Gewerkschaftsjugend und Senioren.

Ab 16 Uhr spielt Köbes Underground auf und sorgt bei hoffentlich gutem Wetter für einen angenehmen musikalischen Hintergrund. Alle IG Metallerrinnen und Metaller laden wir zu diesem Fest herzlich ein.

Noch freie Seminarplätze

Tagesseminar 28. September nach den Voraussetzungen des Paragraphen 37.6 Betriebsverfassungsgesetz.

Am 28. September wird im Kölner Holiday Inn-Hotel eine Tagesschulung zum Thema »Arbeits- und Gesundheitsschutz« angeboten. Die Kosten betragen 170 Euro. Interessierte wenden sich bitte an Kollegin Doris Lehnert, Telefon 95 15 24-17.

Fußballturnier der Firmen des Supplierpark Turnier mit Kölsch und Bratwurst

Hoch ging es her beim Fußballturnier des Supplierparks (das sind die Firmen Benteler, Faurecia, Logistik Magazin Köln und Anterist und Schneider).

Acht Mannschaften spielten am 4. Juni um den Sieg des Supplierpark-Pokals. Die Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem Supplierpark hatten für diesen Tag die Beschäftigten eingeladen, um bei Kölsch und Bratwurst, Kuchen und vielen anderen Leckereien den Fußballspielen zuzusehen. 800 Kolleginnen und Kollegen haben dieses prima organisierte Turnier mit ihren Familien, Freunden und Bekannten besucht. Selbstverständlich war auch die IG

Metall mit einem Info-Stand und einer eigens aufgestellten Mannschaft vertreten. Sieger wurden die Kollegen von Faurecia, die im Endspiel die Ford-Kollegen besiegten. Den dritten Platz belegte die Mannschaft vom Logistikmagazin Köln. Herzlichen Glückwunsch für die Mannschaften sowie für das gelungene Familienfest im Kollegenkreis an dieser Stelle von der Kölner IG Metall.



Pokalübergabe nach dem Turnier

Rente und Abgeordnetenpensionen

Sie predigen Wasser und saufen heimlich Wein

»Durch die Sonderregelung erwerben jetzt auch 132 Abgeordnete, die erst sieben Jahre im Bundestag sind, die Mindestpension von 1682 Euro. Darunter ist zum Beispiel Ex-Verkehrsminister Kurt Bodewig (SPD), Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt und die CDU-Abgeordnete Katherina Reiche... Außerdem erhöht sich durch das geschenkte Jahr die Pension für alle Abgeordneten mit Pensionsanspruch um 210 Euro/Monat.« Das berichtete die Bild-Zeitung vor einigen Tagen.

Fakt ist: Ein Facharbeiter erhält zur Zeit tariflich in Lohngruppe 7 rund 1860 Euro brutto, mit Leistungszulage (16 Prozent) im Zeitlohn von rund 300 Euro

erhält er insgesamt 2160 Euro brutto. Wenn er davon ein Jahr (zwölfmal) Beiträge in die Rentenversicherung einzahlt, hat er dafür einen Rentenanspruch pro Monat von rund 23 Euro ab dem 65. Lebensjahr. Würde er von diesem Einkommen 40 Jahre lang Beiträge einzahlen, hätte er einen Anspruch von 40 mal 23 Euro = 920 Euro Rente, die dann noch teilweise versteuert und mit Sozialabgaben belegt werden. Die meisten Kollegen fangen aber mit diesem Lohn nicht an und schaffen auch keine 40 Jahre. Und Politiker kassieren für sieben Jahre ohne Einzahlung im Bundestag fast 1700 Euro Rente. Dies bedeutet, dass der Kollege Facharbeiter fast 74

Jahre in die Rentenversicherung einzahlen müsste, um dieselbe Rente zu erhalten wie ein Politiker ohne Einzahlung im Bundestag nach nur sieben Jahren.

Anständig wäre es, wenn Politiker pro Jahr ihrer Tätigkeit maximal den Höchstsatz der Rentenversicherung für ein Jahr auf ihr persönliches Versicherungskonto bekämen. Die Einzahlung des Höchstsatzes in die gesetzliche Rentenversicherung ergibt nach zwölf Monaten Beitragsleistung einen Anspruch von 55 Euro monatlich ab dem 65. Lebensjahr. Dies wären für sieben Jahre im Bundestag 385 Euro Anspruch aus der gesetzlichen Rentenversicherung – in die sie übrigens auch einzahlen

sollten. Das wäre glaubwürdig. Ihr tatsächliches Tun macht die Politiker absolut unglaublich.

»Ist dies nicht durch alle Parteien hindurch eines der schlimmsten Sozialverbrechen gerade von denen, die eigentlich mit staatspolitischen Zielen für die Menschen den Menschen dienen sollten?«, fragt der Bevollmächtigte Michael Mahlke.

»Gibt es irgendeine Partei, die diese Ungerechtigkeit abschaffen will? Stattdessen wollen sie die Rente erst ab 67 einführen. Wer früher geht, soll noch mehr Abschlüsse hinnehmen. Wir sollten alle Parteien danach fragen. Und nicht vergessen: Wir müssen bei einer solchen Politik privat vorsorgen, wenn es denn irgendwie möglich ist. Und dafür brauchen wir hohe Löhne und Gehälter mit einer funktionierenden Tarifautonomie.«

Beschluss des IG Metall-Vorstands

Kandidaturen von Beschäftigten

Beabsichtigen Beschäftigte der IG Metall für den Bundestag, den Landtag oder das Europaparlament zu kandidieren, sollte dies dem jeweiligen Vorgesetzten oder bei Mandatsträgern gegenüber dem Ortsvorstand und dem Vorstand rechtzeitig mitgeteilt werden.

Der Funktionsbereich Personal/PE ist durch eine schriftliche Mitteilung über die beabsichtigte Kandidatur zu unterrichten. Wer sich um einen Sitz im Bun-

destag bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub (Artikel 48 Grundgesetz).

Eine Freistellung in diesem Sinne erfolgt unentgeltlich. Grundsätzlich können für die Phase der Freistellung Urlaub, Überstunden oder Überzeiten aus Freischichten angerechnet werden. Die Unterstützung von Parteien oder Wahlkämpfen durch den Einsatz von IG Metall Sach- oder Geldmitteln ist nicht

erlaubt. Für Veröffentlichungen im Wahlkampf darf bei politischen Beschäftigten nur die Berufsbezeichnung »Gewerkschaftssekretär/in« und bei Verwaltungskräften die Bezeichnung »Verwaltungsangestellte/r« benutzt werden. Die Kandidatur gilt für demokratische Parteien und darf der Satzung nicht widersprechen. Im Falle einer Wahl in ein Vollzeitparlament wird das IG Metall-Entgelt entsprechend der Richtlinien anteilig gekürzt.

Senioren

Wege durch die ambulante Pflege

Unter dem Referatstitel »Wege durch die Pflege« erläuterte Frau Andrea Wild auf einer Zusammenkunft der IG Metall-Senioren im Juli von der Pflegeberatungsstelle der Stadt Remscheid die Problemfelder im Bereich Pflege. Die sach- und fachkundige Referentin stellte die Angebote der städtischen Beratungsstelle vor. Sie erläuterte auch die Möglichkeiten bei häuslicher, stationärer und teilstationärer Pflege.

Weiteres Thema war die Betreuung bei Demenzerkrankungen und zusammenhängende Fragen zu Vorsorgevollmachten. Klar wurde den 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass ambulante Pflege nicht gleichzeitig die medizinische Versorgung, auch nicht die Haushaltsführung, beinhalten. Letztere sind durch die Krankenversicherung oder auf andere Art sicher zu stellen.

Vaillant ist erstes Unternehmen

»era.« hat das Bergische Land erreicht

Auch im Bergischen beginnt langsam aber sicher die Einführung von »era.«. Zum 1. Mai 2005 führte Vaillant als erstes und bis jetzt einziges Unternehmen die neuen era-Tarifverträge ein.

Bis 2006 ist in zehn weiteren Betrieben die Einführung ge-

plant. In 13 Betrieben wurde »era.« auf Betriebsversammlungen bisher vorgestellt. Schulen ließen sich 2004 und 2005 in fünf Seminarreihen insgesamt 45 Betriebsratsmitglieder aus 23 Unternehmen im Bereich unserer Verwaltungsstelle. Sollten weitere Betriebe Schulungsbe-

darf haben, sollte dies der Verwaltungsstelle mitgeteilt werden. Ebenfalls in der Verwaltungsstelle abrufbar ist entsprechendes Informationsmaterial zu verschiedenen »era.-Themen«. Brandaktuell ist immer noch der Surftipp für das Internet: www.era-kommt.de.

Gerhard Schröder konnte bei Wälzholz-Brockhaus in Plettenberg viele Hände schütteln

Kanzler lobt mittelständische Unternehmen

Dickes Lob für den Mittelstand kam vom Bundeskanzler.

Nachdem Gerhard Schröder bereits im April in Menden bei der Firma HJS zu Gast war (Dieselfilter), besuchte er Anfang August erneut einen Betrieb im Bereich unserer Verwaltungsstelle.

Am 8. August besichtigte der Kanzler die Firma CD. Wälzholz-Brockhaus in Plettenberg. Nach einem Betriebsrundgang nahm er an der Belegschaftsversammlung teil. Er lobte die hohe Investitionsbereitschaft des alt eingesessenen Unternehmens am Standort Deutschland und dies insbesondere am Standort in Plettenberg. Auch die hohe Aus-



Bundeskanzler Gerhard Schröder konnte bei Wälzholz-Brockhaus in Plettenberg viele Hände schütteln

bildungsquote zeuge von großer gesellschaftlicher Verantwortung für Mitarbeiter und Region, meinte Schröder.

In einem Interview mit der »Westfälischen Rundschau«

mahnte der Kanzler Mitte August zudem die Konzerne, sich am mittelständischen Unternehmen ein Beispiel zu nehmen, die sich auch der Verantwortung in der Region stellten und die sich nicht

allein von der Befriedigung der Aktionärsinteressen leiten ließen.

Zudem wandte sich Schröder dabei gegen Lohnkürzungen. Wo gut verdient werde, sollten Arbeitnehmer aber auch angemessen beteiligt werden, forderte der Kanzler weiter.

Termine

- 3. September: 9.20 Uhr, Wandertag ab Werdohl-Bahnhof.
- 6. September: 18 Uhr Handwerksausschuss, Büro Iserlohn.
- 7. September: 17 Uhr Frauen-AG, Büro Werdohl.
- 8. September: Vertrauensleuteausschuss.
- 13. September: 16 Uhr Senioren-AG Iserlohn, Haus Gerdes.
- 18. September: Die IG Metall rät: Auf jeden Fall wählen gehen.
- 22. September: 9.30 bis 16 Uhr Betriebsrätekonferenz und era-Arbeitskreis, Hotel Kaisergarten, Neuenrade.
- 22. September: 17 Uhr Delegiertenversammlung, Hotel Kaisergarten, Neuenrade.
- 23. und 24. September: Wochenendschulung für ehrenamtliche Referentinnen und Referenten.
- 24. September: 8 bis 15 Uhr Sondersitzung Angestellten-AG.
- 27. September: 15 Uhr, Treffen der Schmiede-Betriebsräte, Böddinghauser Hof, Plettenberg.
- 28. September: 9.30 Uhr, gemeinsame Ortsvorstandssitzung, Büro Lüdenscheid.
- 24. bis 26. September: Seminar »Aktuelle Probleme und aktuelle Rechtsprechung aus der Arbeit der Schwerbehinderten-Vertrauensleute«.

Sonderkonditionen für Mitglieder in Planung 1111 Neue bis August

Bernd Schildknecht, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstellen im Märkischen Kreis freut sich mächtig.

»Wir haben unser erstes Ziel, 1000 Neuaufnahmen im Kreis zu machen, bis zum 30. Juni 2005 erreicht.« Im August konnte bereits das 1111 neue Mitglied begrüßt werden.

»Durch unser Mitgliederprojekt hoffen wir auf weitere Neu-

aufnahmen. Die Pflege und Stabilisierung des Mitgliederbestands steht hierbei jedoch im Vordergrund«, sagte Gudrun Gerhardt, Zweite Bevollmächtigte und verantwortlich für die Projektgruppe »Mitglieder«.

So werden zum Beispiel derzeit mit regionalen Anbietern Sonderkonditionen für die Mitglieder der IG Metall verhandelt.



Mitglieder verschiedener Arbeitsgruppen der IG Metall im Märkischen Kreis haben im die Meyer-Werft in Papenburg besichtigt. Unter sachkundiger Führung erhielten sie einen Eindruck der technischen wie auch der organisatorischen Kompetenzen, die insbesondere zum termingerechten Bau der imposanten Kreuzfahrtschiffe erforderlich sind

Frauen-Tour nach Dortmund Weihnachtsmarkt und Show auf dem Eis

Erst ein Bummel über den Dortmunder Weihnachtsmarkt, danach um 16 Uhr Besuch der Show von »Holiday on Ice«, Thema: Zauberverwandte Winterwelten. Zur Weihnachtsmarkt-Fahrt laden die Verwaltungsstellen für Samstag, 3. Dezember, ein. Der Kostenbeitrag beträgt 20 Euro für Metallerrinnen, 40 Euro für Nichtmitglieder. Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Sie können gegen Zahlung des Kostenbeitrages in den Büros in Werdohl, Iserlohn oder in Lüdenscheid vorgenommen werden.

Iserlohn Umbaumaßnahmen für neues Büro

Die ersten Umbaumaßnahmen im neuen Iserlohner Büro in der von-Scheibler-Straße haben begonnen. Die Aufträge wurden fast vollständig an heimische Firmen vergeben. Zur Zeit befindet man sich im Zeitplan, sagt Gudrun Gerhardt, Zweite Bevollmächtigte der Verwaltungsstellen im Märkischen Kreis.